

Mit dem neuen Klimaschutzgesetz schlägt Deutschland einen praxistauglicheren und erfolgversprechenderen Kurs in der Klimapolitik ein. Mehr Flexibilität, klare Vorgaben und langfristiges Denken sollen den Weg zur Defossilisierung ebnen und nachhaltige Investitionen fördern.

TEXT Peter Kleinort

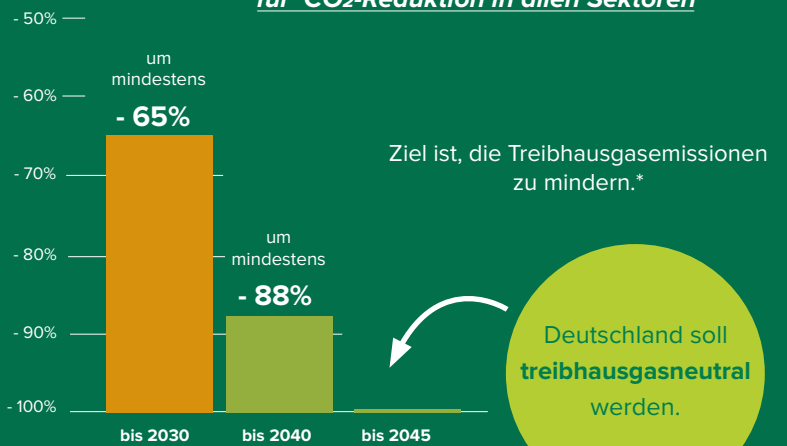
Klimaschutz 2.0

Der Neustart für Deutschlands Klimapolitik

Das neue Klimaschutzgesetz, abgekürzt KSG, verspricht neue Ansätze für Deutschlands Ambitionen beim Schutz des Klimas. Angesichts wachsender Kritik an der bisherigen starren Regelung, die zu unflexibel und schwerfällig erschien, bietet das 2024 aktualisierte Gesetz nun eine dynamische Balance zwischen ökologischer Verantwortung und wirtschaftlichem Realismus. **Die Überwachung der Klimaziele wird jetzt mehrjährig und sektorübergreifend organisiert** – ein Modell, das Unternehmen und Akteure mehr Handlungsspielraum und langfristige Planbarkeit ermöglicht, während die Klimaziele selbst unverändert bleiben.



Das neue Klimaschutzgesetz: flexibler Rahmen für CO₂-Reduktion in allen Sektoren



*im Vergleich zum Jahr 1990

Quelle: Bundesregierung



Vom starren Rahmen zu dynamischen Zielen

Die Schwächen des alten Klimaschutzgesetzes – insbesondere die rigiden sektorspezifischen Jahresziele und die begrenzte Flexibilität – waren in Politik und Wirtschaft stark umstritten. Für Julia Verlinden, Grünen-Fraktionsvize im Deutschen Bundestag, stellt das neue KSG „ein starkes Update“ dar. Denn: Jetzt können die Verantwortlichen vor Ort aktiver auf Marktveränderungen reagieren und klimaschonende Entscheidungen treffen, die zugleich wirtschaftlich tragfähig sind. Für die deutsche Wirtschaft ist das eine willkommene Flexibilisierung im globalen Wettbewerb. Schließlich zählt, dass die Emissionen sinken – unabhängig davon, woher das Kohlenstoffdioxid genau stammt. Mit dem Wegfall der Sektorziele können Investitionen nun zielgerichtet in Bereiche fließen, in denen pro Euro die größte CO₂-Einsparung erzielt wird.

Effizienz trifft Flexibilität: sektorübergreifender Klimaschutz

Herzstück der Reform ist der Übergang zu einer sektorübergreifenden mehrjährigen Bilanzierung. Statt starre Reduktionsziele pro Jahr festzulegen, erhalten Unternehmen und Organisationen größere Spielräume, um gezielt und langfristig in Technologien zur CO₂-Reduktion zu investieren. Professor Bernd Hansjürgens vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung lobt das Konzept als ökonomisch vernünftig, da die CO₂-Vermeidungskosten zwischen den Sektoren stark variieren. Für ihn liegt der Vorteil auf der Hand: „Es ist ein Grundgedanke der Umweltökonomik, dass volkswirtschaftliche Effizienz nur erreicht werden kann, wenn die Vermeidung flexibel erfolgt, also in den Sektoren und an den Orten mit den geringsten Grenzvermeidungskosten. So gesehen stellt das neue Klimaschutzgesetz nicht nur eine Annäherung an die Bedingungen in der Realität dar, es ist auch ökonomisch vernünftig“, so Hansjürgens in der „Zeitschrift für Wirtschaftspolitik“. Bisher jedenfalls seien die Unterschiede in den CO₂-Grenzvermeidungskosten zwischen den verschiedenen Sektoren zu groß gewesen. „Sie reichen von negativen Kosten – in Bereichen, in denen es sich also auch wirtschaftlich noch lohnt, Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen zu ergreifen – bis

hin zu vielen Hunderten oder sogar Tausenden Euro pro vermiedener Tonne CO₂.“ Die Reform reduziert den regulatorischen Druck auf einzelne Sektoren und erhöht die Innovationskraft der Wirtschaft, da Unternehmen dort aktiv werden können, wo es ökologisch und ökonomisch am sinnvollsten ist. Die Verordnung von Sofortmaßnahmen, damit einzelne Sektoren ihre Klimaziele erreichen, wie etwa die immer mal wieder ins Spiel gebrachten Fahrverbote, werden damit unnötig, was der Wirtschaft mehr Planungssicherheit geben und Verbraucher beruhigen dürfte.

Verantwortung mit Verbindlichkeit

Das Gesetz setzt auf klare Verantwortlichkeiten und striktere Vorgaben, um Planungssicherheit und Durchsetzbarkeit zu gewährleisten. Automatische Korrekturmechanismen greifen bei Zielverfehlungen, während die mehrjährige Bilanzierung neue Anreize für Unternehmen schafft, langfristig in CO₂-senkende Projekte und Kooperationen zu investieren. Die Bündelung von Wissen und Technologien zwischen den Sektoren bietet ein erhebliches Potenzial für die Innovationskraft Deutschlands und stärkt den Klimaschutz zugleich.

Ein Rahmen für die Zukunft

Mit dem neuen KSG zeigt Deutschland, dass Klimaschutz und wirtschaftliche Stabilität kein Widerspruch sein müssen, sondern zusammen für Innovation und Nachhaltigkeit sorgen können. FDP-Klimaexperte Lukas Köhler betont: „Das neue Klimaschutzgesetz schafft die Voraussetzungen für eine marktwirtschaftliche Klimapolitik, bei der die CO₂-Emissionen dort reduziert werden, wo es am effizientesten ist.“ Das Gesetz sendet ein starkes Signal: Deutschland steht zu seinen Klimazielen, ohne die Wirtschaft zu überfordern – Klimaschutz und Wachstum gehen hier Hand in Hand. ■

Das neue Klimaschutzgesetz (KSG) löst sich vom bisherigen planwirtschaftlichen Korsett mit starren Sektorzielen. Federführend bei der KSG-Neufassung war der FDP-Klimaschutzexperte Lukas Köhler. Im Interview erklärt der Parlamentarier, warum die neue Vorschrift die Klimaschutzziele besser erreichen kann.

INTERVIEW Gerhard Walter



„CO₂ dort reduzieren, wo es für Bürger und Unternehmen am kostengünstigsten ist“

Herr Köhler, das neue Klimaschutzgesetz macht Schluss mit jährlichen Sektorzielen und in der Folge wohl auch mit auf kurzfristige Effekte ausgelegten Maßnahmen einzelner Ressorts wie etwa den oftmals diskutierten Fahrverboten. Welche Vorteile sehen Sie im Vergleich zur alten Regelung?

— Mit dem neuen Klimaschutzgesetz haben wir die deutsche Klimapolitik grundlegend reformiert. Durch die Abschaffung der starren Sektorziele befreien wir die Klimapolitik von einem planwirtschaftlichen Korsett, das teure und aktionistische Sofortprogramme erzwingen wollte – ohne Rücksicht auf Effizienz oder Kosten. **Dieses unsinnige Mikromanagement war von Anfang an nicht durchdacht. Stattdessen setzen wir nun stärker auf eine marktwirtschaftliche Steuerung unserer Klimapolitik durch den europäischen Emissionshandel. Das ermöglicht uns, CO₂ dort zu reduzieren, wo es für Bürger und Unternehmen am kostengünstigsten ist. Fahrverbote und andere kostspielige Maßnahmen, die massiv in den Alltag der Menschen eingreifen, drohen damit nicht mehr. Klimaschutz muss und kann wirtschaftlich vernünftig gestaltet werden. Das haben wir mit dieser Reform bewiesen.**

? Nun rückt das Erreichen der Klimaziele insgesamt in den Fokus – unabhängig davon, wo die Emissionen reduziert werden. Wie werden diese Vorgaben tatsächlich eingehalten?

— Das Herzstück unserer Klimapolitik ist der EU-Emissionshandel (ETS), der sicherstellt, dass die Klimaziele nicht nur

in Deutschland, sondern in der gesamten EU garantiert erreicht werden. Der ETS legt eine feste Obergrenze für CO₂-Emissionen fest, die jährlich gesenkt wird. Das Prinzip ist so einfach wie effizient: Emissionen werden immer zuerst dort gesenkt, wo es am kostengünstigsten ist – das macht den Emissionshandel zur wirtschaftlich klügsten Lösung. In den Bereichen Energie und Industrie entfaltet er bereits seit Jahren erfolgreich seine Wirkung. Ab 2027 wird er um die Bereiche Verkehr und Wärme erweitert. Nationale Regulierungen und sektorspezifische Emissionsziele werden damit überflüssig und bewirken keine zusätzlichen CO₂-Einsparungen. Daher haben wir im neuen Klimaschutzgesetz festgeschrieben, dass die nationalen Maßnahmen ab 2028 komplett abgeschafft werden können.

? Die Möglichkeit zur direkten Nachsteuerung bei verfehlten Zielen klingt vielversprechend. Was passiert, wenn Bund oder Länder ihre Klimaziele verfehlen? Wer trägt die Verantwortung?

— Die Verantwortung der Politik ist, den Klimaschutz wirksam zu gestalten. Wir haben uns in der EU sinnvollerweise dazu entschieden, das Pariser Abkommen kollektiv umzusetzen, um die Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftsraums zu nutzen und mit einer konsequenten Klimapo-

litik zu verbinden. Nationale Klimaziele sind dadurch überflüssig.

? Die FDP forderte jüngst, das nationale Klimaziel für 2045 zugunsten des EU-Ziels für 2050 aufzugeben. Ist das nicht ein Rückschritt für den Klimaschutz?

— Nein, im Gegenteil: Das deutsche Sonderziel, schon bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen, bringt keinen zusätzlichen Klimaschutz, könnte aber erhebliche Kosten verursachen: **Laut einer Fraunhofer-Studie würde der deutsche Sonderweg bis 2045 die deutsche Wirtschaft etwa eine Billion Euro zusätzlich kosten, ohne dass sich die Gesamtemissionen in Europa verändern.** Das liegt daran, dass die im ETS gehandelten Zertifikate dann einfach in anderen EU-Ländern genutzt werden. Nationale Alleingänge konterkarieren den grenzüberschreitenden Ansatz des Emissionshandels, der darauf abzielt, CO₂ zuerst dort zu sparen, wo es am effizientesten ist. Die Rückkehr zum einheitlichen EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050 stellt sicher, dass Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit im Einklang stehen, und stärkt Deutschland als Innovationsstandort. Nur so kann Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen und als wirtschaftlich starker Standort effektiv zum globalen Klimaschutz beitragen. —